

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 08.12.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:08 Uhr bis 17:03Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Herr Uwe Kramer

Frau Kerstin Köferstein
Frau Petra Tomczyk-Radji
Frau Ute Haupt
Herr Klaus Hopfgarten
Herr Dennis Helmich
Frau Dr. Regina Schöps

Ausschussvorsitzender
Vertreter der freien Träger
Vertreterin der freien Träger
CDU/FDP –Fraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES
FORUM

Verwaltung

Herr Christian Deckert
Frau Beate Erfurth
Frau Uta Rylke

Jugendhilfeplaner
Kita-Planerin
Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Frau Heike Wießner
Frau Sylvia Plättner
Frau Katharina Brederlow

CDU/FDP Fraktion Halle (Saale)
Vertreterin der freien Träger
Fachbereichsleiterin FB Bildung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kramer eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kramer fragte, ob es zur vorliegenden Tagesordnung Änderungswünsche gibt. Da dies nicht der Fall war, bat er um Abstimmung zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2015
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
7. Mitteilungen
 - 7.1. Bericht AG 78 Kindertageseinrichtungen (Kita)
 - 7.2. Bericht AG 78 Hilfen zur Erziehung (HzE)
 - 7.3. Themenspeicher I. Halbjahr 2016
 - 7.4. Situation Flüchtlinge
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.2015

Der Niederschrift vom 18.11.15 wurde ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des Unterausschusses Jugendhilfeplanung vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht AG 78 Kindertageseinrichtungen (Kita)

Frau Erfurth gab einen kurzen Bericht zum Stand der AG 78 Kindertageseinrichtungen (Kita).

Sie teilte mit, dass die AG 78 Kita ein Zusammenschluss von freien Trägern, die Kitas betreiben; dem EB Kita und Teilen der Verwaltung.

Die Treffen finden vierteljährlich statt. Dieses Jahr waren im März, im Juni und im September die Treffen.

Das übergreifende Thema in der AG 78 Kita waren 2015 waren die Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltverhandlungen (LQE-Verhandlungen). Es sollen Standards erstellt werden, die für alle Träger dann angewendet werden. Im September gab es die Vereinbarung in der AG 78 Kita, dass drei Arbeitsgruppen gegründet wurden, die sich mit den prägnantesten Themen beschäftigen werden. Das sind die:

1. Arbeitsgruppe pädagogische Konzepte und Inklusion
2. Arbeitsgruppe räumliche und personelle Struktur
3. Arbeitsgruppe Beschwerde- und Qualitätsmanagement

Diese drei Arbeitsgruppen arbeiten seit Oktober 2015. Die Arbeitsergebnisse werden im März 2016 erwartet. Diese sollen handlungsleitend für die LQE-Verhandlungen in den Jahren 2016 ff. sein.

Das zweite wichtige Thema, was in der AG 78 Kita behandelt worden ist, war die Medikamentengabe in Kitas und Horten. Dieses Fachthema spielt in den Einrichtungen eine Rolle, da es Unsicherheiten von Seiten der ErzieherInnen, der Eltern und der Geschäftsführungen der Träger gibt, inwieweit ErzieherInnen berechtigt sind oder gezwungen werden können, den Kindern Medikamente in den Kitas und Horten zu verabreichen. Dazu wurde die Amtsärztin eingeladen, welche dazu einen Input gegeben hat. Es gab eine Diskussion und Erfahrungsaustausch. Das Land Sachsen-Anhalt hat dazu mittlerweile eine Richtlinie erlassen, die für alle Einrichtungen im Land Sachsen-Anhalt zum Verfahren der Medikamentengabe maßgeblich ist.

Das dritte Thema war das Inklusionsgesetz. Dies wurde insofern diskutiert, ob dies ein Teilbereich des pädagogischen Konzeptes von Einrichtungen oder ein extra Konzept werden soll. Hier soll mit allen Trägern ein gemeinsamer Leitfaden entwickelt werden, welcher die nicht vorhandenen gesetzlichen Vorgaben, kompensieren soll. Damit beschäftigt sich jetzt die eine benannte Arbeitsgruppe.

Die nächste AG 78 Kita ist für den Januar 2016 vorgesehen. Dort soll als Fachthema die Schul- und Hortentwicklungsplanung besprochen werden. Hier gibt es seit zwei Jahren gemeinsame Entwicklungen und Planungen des Schulentwicklungsplaners und Kita-Planers. Diese Planung wird immer fortgeschrieben. Durch die erhöhten Schülerzahlen gibt es hier auch neue Entwicklungen.

Herr Kramer dankte für die Ausführungen.

Herr Kramer fragte, inwieweit in der AG 78 Kita über Kita-Standorte mit besonderen **Förderbedarfen diskutiert worden ist.**

Frau Erfurth antwortete, dass für die Horte eine Regelung gefunden worden ist. Es wurde eine Richtlinie entwickelt, die es den Trägern ermöglicht, dafür mehr finanzielle Mittel und Personalstellen zu beantragen. Im Kita-Bereich haben die Träger gemeldet, dass es da ähnliche Forderungen, Bedarfe und Wünsche gibt. Das wird im Rahmen dieser „Arbeitsgruppe räumliche und personelle Strukturen“ erarbeitet werden.

Frau Dr. Schöps fragte, wie die Leistungen, die nach der LB I erbracht wurden, jetzt finanziert werden, wenn hierzu erstmal diskutiert werden soll und die LQE-Verhandlungen noch laufen. Gab es Probleme bei den Trägern dazu?

Frau Erfurth antwortete, dass es nicht Thema war, wie die LB I kompensiert werden kann. Generelles Thema ist, dass die Personalausstattung zu gering ist und dass für Kinder mit besonderen Förderbedarfen und für Kinder in besonderen Stadtteilen oder für Kinder mit Migrationshintergrund ein höherer Bedarf an Personal ist. Dies ist schon immer von den Trägern, unabhängig von der LB I, eingefordert worden.

Frau Dr. Schöps fragte, wie die Finanzierung im Jahr 2016 realisiert werden soll.

Frau Erfurth erwiderte, dass sich damit sicher die Arbeitsgruppe räumliche und personelle Strukturen beschäftigen wird.

Frau Dr. Schöps machte deutlich, dass es im Jahr 2016 dazu ja bereits eine Absicherung geben müsste.

Frau Haupt sprach an, dass es zu den LQE-Verhandlungen noch einen Antrag im Stadtrat gibt. Wie ist der Stand hierzu? Außerdem fragte sie, ob sich der Arbeitskreis bereits mit Differenzierung in Gebührenerhöhungen in Kitas beschäftigt, da diese Thematik bereits wieder in den Medien ist?

Frau Erfurth antwortete, dass es – falls eine Gebührenerhöhung kommen sollte - keine Arbeitsgruppe gibt. Dazu ist ihr nichts weiter bekannt.

Herr Kramer ging auf die Anfrage auf die Frage zu den LQE-Verhandlungen ein. Dies wäre ein Thema für den Jugendhilfeausschuss und nicht für den Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Hier befinden wir uns im Planungsbereich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.2 Bericht AG 78 Hilfen zur Erziehung (HzE)

Herr Deckert informierte anhand einer Präsentation zur AG 78 Hilfen zur Erziehung (HzE).

Diese Unterlagen wurden in Session hinterlegt.

Herr Deckert informierte über die Fachthemen, die in der AG 78 HzE behandelt werden. Ergebnisse werden zum gegebenen Zeitpunkt im Jugendhilfeausschuss präsentiert werden.

Er ging kurz auf die einzelnen Teilbereiche ein (siehe Präsentation).

Frau Haupt fragte, wie oft sich die AG 78 HzE trifft.

Herr Deckert antwortete, dass die Treffen regelmäßig in größeren Abständen stattfinden. Der Arbeitskreis besteht aus ca. 50 Personen, so dass dieser in verschiedene Untergruppen aufgeteilt worden ist. Im Arbeitskreis sind Vertreter der Träger und der Verwaltung. Es wurde eine Steuerungsgruppe installiert, die Themen vorbespricht und vorbereitet. In dieser Steuerungsgruppe sind von der Verwaltung Frau Heder, Frau Thiel und er und dann gibt es noch 3 Vertreter von den freien Trägern. Wenn die Ergebnisse aus den Untergruppen vorliegen, wird die AG 78 HzE zusammentreffen und diese Ergebnisse vorgestellt werden.

Frau Tomczyk-Radji fragte, ob diese Planung finanziell untersetzt ist.

Herr Deckert antwortete, dass sich die AG 78 HzE mit Fachthemen beschäftigt. Dies ist gesetzlich geregelt, dass die freien Träger beteiligt werden. Dort wird diskutiert, was für ein Bedarf ist und Maßnahmen abgestimmt. In der AG 78 HzE geht es ausschließlich nur um fachliche Dinge.

Frau Tomczyk-Radji fragte, ob es Vergleiche mit anderen Städten zu den HzE-Zahlen gibt. Die Stadt Halle (Saale) hat hohe Zahlen in dem HzE-Bereich.

Herr Deckert sprach an, dass der Benchmarkingbericht zu HzE hier aussagefähig ist. Der Consensusbericht aus dem Jahr 2013 wurde vor einigen Monaten im Jugendhilfeausschuss vorgestellt. Hier ist die Vergleichsmöglichkeit von neun Städten aus der Bundesrepublik Deutschland enthalten, die sich einem Benchmarking im Bereich HzE unterwerfen und dort mitarbeiten. Der Bericht aus dem Jahr 2014 ist fertig, so dass dieser nach Freigabe sicher wieder vorgestellt wird. Der Bericht beschäftigt sich mit den Entwicklungen und den Rahmenbedingungen im Bereich Hilfen zur Erziehung.

Frau Tomczyk-Radji fragte, welche Instrumente da sind, um die Fallzahlen zu senken.

Herr Deckert erwiderte, dass hier die Frage ist, ob es realistisch ist, von hohen Zahlen runter zu kommen. Die Hilfen zur Erziehung sind ein Instrument zur Deckung eines vorhandenen Bedarfs. Sobald ein Bedarf da ist, müssen die vorhandenen Hilfen befriedigt werden.

Herr Kramer verwies darauf, dass dieser Bereich seit Jahren alle beschäftigt. Es gab verschiedene Denksätze. Sind HzE-Zahlen steuerbar? Es gab Denksätze über die Zahlen, über Prävention, über spezielle Ausrichtungen von HzE-Leistungen etc.

Benchmarking sagt eine ganze Menge zu der Situation aus. Im Bereich der verschiedenen Zielvorgaben sind die Wirkungen nicht erzielt worden, wie man sich diese vorstellte usw.

Aus seiner Erfahrung im sozialen Bereich kann festgestellt werden, dass es Ausgangssituationen gibt, die so sind wie sie sind.

Herr Deckert sprach an, dass bundesweit die HzE-Fallzahlen insgesamt steigen. Die Kosten pro Fall sind in der Stadt Halle (Saale) pro Fall durch eine konsequente Fallsteuerung gesunken.

Frau Dr. Schöps fragte zur Bezeichnung der AG 78 an.

Herr Deckert antwortete, dass sich die Benennung aus dem Gesetz § 78 SGB VIII ergibt. Die Bezeichnungen AG oder Qualitätszirkel stellen das gleiche dar. Es wurde nur die Bezeichnung unterschiedlich gewählt, um den Unterschied der Fachebene deutlich zu machen.

Herr Kramer ergänzte, dass der § 78 SGB VIII beschreibt, was unter einer Arbeitsgruppe zu verstehen ist, dass diese zu bilden und ein Teil der Jugendhilfeplanung ist. Der Jugendhilfeausschuss ist Auftraggeber für die AG 78, weil es da um fachliche Dinge geht, die in den Planungsprozess mit einfließen. Es gibt zwei Strukturmerkmale; das eine ist die Region in den Sozialräumen, das andere sind die fachlichen Säulen wie HzE, Kita, § 11, § 13, Schule etc.

Frau Dr. Schöps merkte an, dass eine gezieltere Prävention im Bereich HzE erfolgen müsste.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.3 Themenspeicher I. Halbjahr 2016

Herr Deckert stellte Vorschläge der Verwaltung zum Themenspeicher 2016 vor. Der Themenspeicher wurde durch die Mitglieder des UA Jugendhilfeplanung noch ergänzt.

Anmerkung: Der Themenspeicher wurde im Anschluss der Sitzung in Session hinterlegt.

zu 7.4 Situation Flüchtlinge

Herr Deckert sprach an, dass zum jetzigen Zeitpunkt 71 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Stadt Halle (Saale) sind.

Frau Haupt fragte zum Stand Clearingstelle an.

Herr Deckert erwiderte, dass dies sicherlich Frau Brederlow im Jugendhilfeausschuss mitteilen wird.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Dr. schöps

Herr Deckert beantwortete die von Frau Dr. Schöps in der vorletzten Sitzung gestellten mündlichen Anfrage zu den Fachstandards.

Die Fachstandards wurden erst im Februar 2015 beschlossen. Diese haben noch keinen Bezug auf die jetzige Fördermittelperiode. Diese werden erstmals ab dem Jahr 2016 gültig, da die Aussagen dazu erst dann getroffen werden können. Also wenn es die Bescheide auf Grund dieser Fachstandards gibt.

Es gab ein Treffen mit der AG 78 Jugendarbeit und dort wurde schon darauf hingewiesen, dass die Träger schon einen Blick auf Öffnungszeiten, Öffnungstage haben sollen.

zu 8 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Helmich zu einer rechtlichen Wertung

Herr Helmich fragte in Bezug auf die vergangene Sitzung an, ob es zur Thematik Förderung nach der Leistungsbeschreibung I eine rechtliche Wertung gibt. Es wurde damals vorgeschlagen, dass die Verwaltung bis zum nächsten Jugendhilfeausschuss dies vorlegt.

Herr Deckert erwiderte, dass dies eine Anregung war. Es wurde dazu nichts beschlossen. Demzufolge gab es keine Anfragen an den Fachbereich Recht durch die Verwaltung.

Herr Kramer wies darauf hin, dass in der Niederschrift aus der letzten Sitzung steht, dass die Fraktionen gebeten wurden, eine entsprechende Rechtsauffassung zu erwirken. Er bat darum, dass dies noch erfolgt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Kramer beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
Protokollführerin